

Die Klimapolitik der Economiesuisse

Am 29. März berichtete die NZZ über eine Pressekonferenz, die von Economiesuisse organisiert wurde und sich gegen einen ambitionierten Klimaschutz wandte. Der Hintergrund dazu ist die Revision des CO₂-Gesetzes, welche in Bundesbern in die Endrunde geht. Wer die Dokumente, die im Umfeld der Pressekonferenz abgegeben wurden, studiert, findet darin 27 Fehler, Halb- und Unwahrheiten.

Am prominentesten: Economiesuisse behauptet, Klimaschutz im Ausland sei günstig, obwohl man dafür Geld ins Ausland schickt, während noch sehr viele wirtschaftliche Massnahmen in der Schweiz nicht umgesetzt sind - Ersparnisse und Arbeit, die in der Schweiz bleiben.

Ausserdem behauptet Economiesuisse, die Unternehmen könnten mit dem CO₂-Gesetz nicht im Ausland kompensieren, obwohl Schweizer Grosseemittenten zum europäischen Zertifikatehandel zugelassen werden sollen - ein klarer Widerspruch.

Besonders störend ist es aber, dass Economiesuisse diese Behauptungen durch die EnAW, die Energie-Agentur der Wirtschaft, vermitteln lässt. Damit wird dieses wertvolle Instrument für den Klimaschutz unnötigerweise diskreditiert und in eine unschöne Schlammschlacht hineingezogen. Economiesuisse hat es trotz intensivem Lobbying während 18 Monaten nicht geschafft, das Parlament von einem ambitionierten Klimaschutz abzubringen. Nach insgesamt drei verlorenen Abstimmungen in Parlament und Kommission ein Rückkommen zu verlangen, ist schlechter Stil. Mit einem Referendum zu drohen, dient der Wirtschaft nicht: Am schlimmsten ist es für die Firmen, unklare Rahmenbedingungen zu haben.

Economiesuisse sollte nun den Entscheid akzeptieren und sich voll für die Umsetzung engagieren - im Interesse der Schweizer Wirtschaft, die von ambitioniertem Klimaschutz nur profitieren wird. Und: Wenn die EnAW derart missbraucht wird, müsste man wohl darüber diskutieren, wie man sie von der Economiesuisse vollständig unabhängig machen kann.

Christian Zeyer, Bern Wirtschaftsverband «swisscleantech»